

Feldzug gegen das Bargeld – wozu?

VICTORIA CURZON PRICE



«Wird Papiergeld verboten, finden die Menschen Alternativen.»

Es gibt keinen guten Grund, warum Staaten die Abkehr von Banknoten beschleunigen sollten, weder die Bekämpfung von Steuerbetrug oder Verbrechen noch das Anheizen des Konsums. Ein Kommentar von Victoria Curzon Price.

Die Anzeichen mehren sich, dass Regierungen und Wirtschaftsführer das Bargeld abschaffen möchten. Giovanni Kessler, Leiter des EU-Amtes für Betrugsbekämpfung, fordert die Abschaffung der 500-€-Note; Ex-US-Finanzminister Lawrence Summers spricht sich gegen den 100-\$-Schein aus. Die dänische Regierung hat 2015 beschlossen, ab 2030 ganz auf Bargeld zu verzichten. Das sei auch in Norwegen nötig, sagt Trond Bentestuen von DNB (DNB 93.2 -0.69%), Norwegens grösster Bank.

Zur Autorin

Victoria Curzon Price war Professorin für politische Ökonomie an der Universität Genf von 1992 bis 2008.

Alles scheint dafür zu sprechen, dass die Zeit für ein solches Konzept reif ist. Die Jungen wickeln mittlerweile selbst kleinste Transaktionen über Kreditkarte oder Smartphone ab. Bald werden es nur noch Grossmütter, Terroristen und Drogenhändler sein, die dem Papiergeld anhängen – Erstere aus Gewohnheit, die anderen wegen der Anonymität. Die Abkehr vom Bargeld ist bereits im Gang, weil der technologische Wandel eine billigere und bequemere Lösung bietet. Warum wollen so viele staatliche Institutionen den Prozess noch beschleunigen?

Es stimmt misstrauisch, mit welchem Eifer die Behörden diesen Trend aufgenommen haben. Klar hat der Staat Interesse daran, Bargeldtransaktionen einzuschränken – im Kampf gegen kriminelle Aktivitäten, indem Geldwäsche erschwert wird, sowie um geringfügigere Steuerumgehungen zu verhindern, indem die Transaktionskosten in der Schattenwirtschaft steigen. Und so geringfügig sind sie wohlgerne nicht: In den Industrieländern entsprechen sie 10 bis 25% des Bruttoinlandprodukts, in der übrigen Welt noch viel mehr.

Aufschub von Strukturreformen

Solche nicht gemeldeten Geschäfte sind den Steuerbehörden ein Dorn im Auge. Dennoch gedeiht die Schattenwirtschaft. In Spanien etwa, wo die Jugendarbeitslosenrate über 50% beträgt, macht sie ca. 20% des offiziellen BIP aus. In wirtschaftlich harten Zeiten dürfte sie als eine Art nützlicher Notpuffer fungieren; Regierungen gestehen ein, dass sich Schattenwirtschaft nicht ganz ausmerzen lässt. Sobald auf die Transaktion zwischen einem Käufer und einem Verkäufer eine Steuer erhoben wird, entsteht ein Anreiz, sie zu umgehen. Der Aufwand, nach jeder kleinsten Steuertrickserei zu fahnden, wäre weit grösser als die daraus resultierenden Zusatzeinnahmen. Verständlich also, dass die Regierungen die Möglichkeit begrüßen, solche undeckelten Transaktionen auf einem kostengünstigeren Weg zu unterbinden.

Der Bürger sollte diese Motivation jedoch skeptisch hinterfragen. Menschen deklarieren Einkünfte und bezahlen Steuern, weil sie rechtlich dazu verpflichtet sind und entsprechende Versäumnisse bestraft werden. Zudem aber besteht ein moralischer Pakt zwischen Steuerzahlern und Regierung: Der Staat erhält Steuereinnahmen, dafür erbringt er Leistungen und stellt öffentliche Güter. Wenn die Steuersätze niedrig sind, die Wirtschaftsaktivität rege, die Steuereinnahmen sprudeln und die öffentlichen Güter und Leistungen hochstehend sind, bleibt die Schattenwirtschaft gering. Doch sind Steuern und Abgaben hoch, die reguläre wirtschaftliche Aktivität flau, die Steuereinnahmen sinkend, die Qualität öffentlicher Güter und Leistungen im Abstieg, dann wird der moralische Pakt zwischen Volk und Regierung schwächer, die Schattenwirtschaft wächst.

Für die Regierung eines solchen Landes ist die bargeldlose Gesellschaft eine verlockende Vision. Da ist jedes Mittel recht, um die negative Dynamik von Steuerflucht einzudämmen – und auch jedes, um sich vor ernsthaften Strukturreformen zu drücken. Man ist aber gut beraten, nicht zu vergessen, dass für die Menschen die Frage dann nicht ist, ob sie deklarierte oder nicht deklarierte Einkünfte haben. Sie lautet: Einkünfte irgendwelcher Art – oder gar nichts. Wird Bargeld verboten, wird so mancher jedwede wirtschaftliche Aktivität unterlassen, sich in Tauschhandel flüchten oder gar auswandern. Ein solcher Staat braucht dringend strukturelle Reformen und sollte den Kampf gegen das Bargeld nicht als Ausredenutzen, um solche aufzuschieben.

Kriminelle Aktivitäten in grossem Stil werden sich von einer bargeldlosen Gesellschaft hingegen nicht abschrecken lassen. Sie haben ja bereits das legale Bankensystem infiltriert und entwickeln nun im «dunklen Web» dank Bitcoin und vielen Nachahmern ihr eigenes Bankensystem. Stichhaltige Argumente für die gegenwärtige Kampfansage ans Bargeld sind somit kaum zu finden.

Allerdings gibt es einen interessanten Grund, warum die Behörden ausgerechnet jetzt auf eine bargeldlose Gesellschaft drängen oder zumindest den Einsatz grosser Banknoten einschränken wollen. In den letzten fünf bis acht Jahren haben sich die Zentralbanken der entwickelten Welt mit einer Nullzinspolitik gegen die 2008 ausgebrochene Finanzkrise gestemmt, ohne grossen Erfolg. Vor kurzem haben einige (v. a. die Schweizerische Notenbank und die Europäische Zentralbank) gar Negativzinsen installiert. Selbst US-Notenbankchefin Janet Yellen hat erklärt, Negativzinsen in Erwägung zu ziehen. Das ist revolutionär und belegt, wie nervös die Behörden in Anbetracht der wirtschaftlichen Aussichten sind.

Die Erholung der Wirtschaft stockt, Deflation droht. Könnte man die Menschen doch nur dazu bringen, ihr Geld auszugeben! Denn gegenwärtig scheinen sie es zu horten. Sie vertrauen den Banken nicht. Es gibt keine sichere Art zu sparen. Das Preisniveau sinkt. Man könnte sie wohl dazu zu bringen, dieses Vermögen unter der Matratze hervorzuholen und auszugeben, indem man die grossen Banknoten bald für wertlos erklärt. Das würde dieses Bargeld rasch in Umlauf drängen, es würde ausgegeben, die Wirtschaft würde sich erholen.

Sollte das die Begründung für den Kampf gegen Bargeld sein, läuft auch sie ins Leere. Nullzins- bzw. Negativzinspolitik haben der Realwirtschaft schon solchen Schaden zugefügt, dass ein wenig mehr an Konsumausgaben auch nichts wird ausrichten können. Eine Marktwirtschaft gedeiht dank Ersparnissen und Investitionen. Mit Zinsen von null – oder, schlimmer noch, darunter – ist das natürliche Gleichgewicht zwischen Sparern und Investoren nicht gegeben. Die Sparer nutzen nicht das Bankensystem, um zu sparen, die Schuldner verschwenden Ressourcen. Banken werden ermuntert, Anleihen zu kaufen (grossen Unternehmen und Regierungen Geld zu leihen), nicht aber, kleinen und mittleren Unternehmen riskante Kredite zu gewähren.

Preis für Bargeldlosigkeit: Big Brother

Kein Wunder, hat die Nullzinspolitik keine reale Erholung angestossen. Im Gegenteil, Fehlinvestitionen wurden gefördert, was die Saat der nächsten Krise trägt: Projekte, die sich in einem Umfeld künstlich niedriger Zinsen realisieren lassen, werden schnell undurchführbar, wenn sich die Zinsen erholen, was Bankrotte auslöst und die wirtschaftliche Erholung erstickt. Haben wir nicht gerade das immer und immer wieder seit 2008 erlebt?

Alles in allem gibt es keinen guten Grund, warum die Behörden die natürliche Abkehr vom Bargeld beschleunigen sollten. Sie wird sich ohnehin fortsetzen, denn digitale Formen des Bezahls sind billig und bequem. Doch hat alles seinen Preis, in diesem Fall den, dass Big Brother über fast alle unsere Transaktionen wachen kann. Vielen ist das egal, doch wegen Bedenken um die Privatsphäre wird Bargeld bis zu einem gewissen Grad auch im digitalen Zeitalter weiterbestehen.

Wird Papiergeld von Gesetzes wegen verboten, finden Menschen, die Transaktionen verstecken möchten, Alternativen – wie sie es schon immer taten. In Kriegsgefangenenlagern fungierten Zigaretten und Schokolade als Währung. Im digitalen Zeitalter steht nicht nur eine Fülle an Bitcoin-Systemen zur Verfügung, selbst der Tauschhandel wird einfacher, weil die Koordinationskosten dank Internet sinken. Kurzum: Der Staat ist dabei, sein Monopol auf die Geldversorgung zu verlieren. Die Kampfansage ans Bargeld ist das letzte Aufkeuchen einer im Sterben liegenden Institution.

(Quelle: Finanz und Wirtschaft)